

Von Beginn der Weichenstellungen in der Europa-Politik (und auch in der GATT-Politik) wurde das Vorgehen in enger und freundschaftlicher Konsultation auf bilateraler Ebene, insbesondere auch mit den Schweizer Behörden, abgestimmt⁴⁵. Am 19. September 1989 weilte eine Schweizer Delegation unter Leitung von Staatssekretär Dr. Franz Blankart zu Gesprächen bei der liechtensteinischen Regierung und der «liechtensteinische Weg» wurde gemeinsam erörtert. Von Schweizer Seite wurde der Regierung die Unterstützung versichert und es wurde ein Vorgehen in alter freundschaftlicher Pragmatik und Prinzipientreue abgemacht. Es wurde vereinbart, die Pfeiler der Zusammenarbeit anzupassen und zu verstärken, aber keine Brücken abzubrechen. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass zu Beginn und während der Dauer der EWR-Verhandlungen und danach ganz besonders Staatssekretär Dr. Franz Blankart sich als Mentor und Freund der liechtensteinischen Positionierung erwiesen hat. In der denkwürdigen Woche nach dem 6. Dezember 1992 ermöglichte erneut ein Freund aus der Schweiz die Fortsetzung des «liechtensteinischen Wegs»: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz.

Am 19. Januar 1990 trafen sich Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in Bern mit den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz und René Felber, um die Fragen zur europäischen Integration und das weitere Vorgehen zu besprechen. Am 29. März 1990 wurde dieselbe Fragestellung mit dem österreichischen Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Alois Mock, anlässlich seines Besuchs in Liechtenstein erörtert. Von beiden Partnern erhielt Liechtenstein grösstmögliche Unterstützung. Später, bei der «Nach-Verhandlung» im Jahr 1994, war die bilaterale Unterstützung von Seiten Deutschlands mit Aussenminister Dr. Klaus Kinkel, der 1994 den Rat der Europäischen Union (EU) präsidierte, als am 20. Dezember das Liechtenstein-Dossier verabschiedet wurde, äusserst hilfreich und wohlwollend. Auch die Schweiz, vertreten durch Aussenminister Flavio Cotti, und Österreich, mit dem damaligen Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schüssel, setzten sich für die erneut notwendigen Vertragsanpassungen und für die liechtensteinische Lösung ein.

45 Bericht der Regierung über das Fürstentum Liechtenstein und die Europäische Integration vom 7. November 1989, Nr. 45, S. 86.